

*Der kriegensvertrag würde Millionen deutscher Menschen von der Lebensangst befreien, die aus der Furcht geboren ist, vielleicht schon morgen wieder in ein blutiges Abenteuer verstrickt zu werden.*

Der Kampf der Deutschen Demokratischen Republik gegen die atomare Rüstung und die aggressive Revanchepolitik der westdeutschen Militaristen ebenso wie ihr entschiedenes Eintreten für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung des Westberlinproblems machen in dieser Situation für das ganze deutsche Volk sichtbar, daß die Deutsche Demokratische Republik nicht nur die Bastion des Friedens in Deutschland, sondern auch der Wahrer der echten nationalen Interessen, des humanistischen Erbes und der friedlichen Zukunft des deutschen Volkes ist.

*Im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die friedliche Zukunft und die Wiedervereinigung Deutschlands, die nur auf dem Wege der Bändigung des Militarismus in Westdeutschland und der militärischen "Neutralisierung" beider deutscher Staaten möglich ist, stellen das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Staatsrat und der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Nationalrat der Nationalen "krönt des demokratischen Deutschland fest, daß die Vorschläge des sowjetischen „Memorandums über die kfrage des Abschlusses eines kriegensvertrages mit Deutschland und die Regelung des Westberlinproblems" voll und ganz mit den von der Volkskammer und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterbreiteten Vorschlägen und den friedlichen Interessen des deutschen Volkes übereinstimmen.*

Die Repräsentanten des politischen, gesellschaftlichen und staatlichen Lebens der Deutschen Demokratischen Republik wenden sich von ihrer gemeinsamen Tagung an die Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika, an die Regierungen aller Staaten, die an einer friedlichen Lösung der deutschen Probleme interessiert sind, insbesondere an die Regierungen der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und der Republik Frankreich, mit der Empfehlung, unverzüglich die Friedenskonferenz vorzubereiten und Verhandlungen aufzunehmen, in deren Ergebnis der Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten und auf seiner Grundlage die Regelung des Westberlinproblems erfolgen wird.

Die Regierung der UdSSR hat den drei Westmächten vorgeschlagen, einen Appell an die deutschen Staaten zu richten, „sich in jeder für sie annehmbaren Form über die Fragen zu einigen, die eine Friedensregelung mit